

Politspiegel

Das Case Management Berufsbildung soll bleiben

Der Kanton übernimmt die Finanzierung des Case Managements Berufsbildung (CM BB) in der Höhe von rund 700 000 Franken, nachdem die Anstossfinanzierung des Bundes definitiv wegfällt. Das ist die gute Nachricht. Ob die entsprechende Fachstelle aber beim Kanton bleibt oder ausgelagert wird, ist noch offen. Eine allfällige Auslagerung sei noch zu wenig sorgfältig geprüft, befand der Grosse Rat in seiner Sitzung vom 15. März.

Die Fachstelle 1155, wie sie im Kanton Aargau heisst, leistet einen wichtigen und notwendigen Beitrag, um möglichst allen Jugendlichen einen Weg in die Berufsbildung zu ermöglichen. So weit war sich der Grosse Rat einig. Grössere Diskussionen gab es im Parlament zur Frage, ob das CM BB eine Verwaltungsaufgabe sei, oder ob es allenfalls auch ausgelagert werden könnte. Bereits in der Anhörung wurde von verschiedener Seite gefordert, dass eine Auslagerung geprüft und die daraus resultierenden Folgen aufgezeigt werden sollen. Im Rahmen dieser Anhörung reichten die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf (BDAG) ein Konkurrenz-Angebot mit einem deutlich tieferen Finanzbedarf ein. Die enge Anbindung an die Berufsberatung und den jugendpsychologischen Dienst brächten wertvolle Synergien.

In der Botschaft reduzierte der Regierungsrat den Finanzbedarf auf die Höhe des Konkurrenzangebots, indem er Leistungen abbaute. Ebenso wies der Regierungsrat auf mögliche Schwierigkeiten bei einer Auslagerung hin, insbesondere in den Bereichen Submission und Datenschutz, was zu unerwünschten Kosten führen könnte.

Entsprechend kontrovers wurde die Frage der Auslagerung in der Bildungs-Kommission und anschliessend im Rat diskutiert. Grundsätzlich war dieser mehrheitlich der Meinung, dass eine Auslagerung Vorteile bringen könnte. Unmut lösten jedoch einerseits das Fehlen abschliessender Abklärungen zur Auslagerung, andererseits der geplante Leistungsabbau, der zu einem vergleichbaren Finanzbedarf führt, aus.

Zurück an die Regierung

Nicht zum ersten Mal verärgerte die späte Behandlung eines Geschäfts die dazu führt, dass dem Grossen Rat keine Handlungsoptionen offen bleiben und er nur noch «Ja» sagen kann.

Nach längerer Diskussion wies der Grosse Rat das Geschäft an den Absender zurück, mit dem Auftrag, eine allfällige Auslagerung sorgfältig und vollständig zu prüfen und bis zu den Sommerferien eine ergänzte Botschaft vorzulegen. Bis zum definitiven Entscheid sei das Projekt in der aktuellen Ausgestaltung weiterzuführen. Kathrin Scholl, stv. Geschäftsführerin alv

grossen Anstrengungen. Nun soll nach kurzer Zeit alles wieder rückgängig gemacht werden. Während die Motionäre auf der einen Seite die neue Ressourcensteuerung unterstützen, die den Schulen mehr Freiheit bei der Erreichung ihrer Ziele gewährt, wollen sie auf der anderen Seite mit diesen Vorstössen den Schulen und Gemeinden wieder Freiheiten wegnehmen und sie zwingen, das selber gewählte System anzupassen. Diese unkoordinierte Hüst-und-Hott-Politik bereitet den Schulen immer mehr Mühe und lässt sie das Vertrauen in die Kompetenz der politischen Instanzen verlieren. Manfred Dubach, Geschäftsführer alv

Aus der GL alv-Sitzung vom 24. März.
Vgl. auch Bericht Seite 9.

alv-Informationen

Wechsel in den Fraktionsleitungen

In den alv-Fraktionen gibt's kleinere und grössere Rochaden: In der Fraktion Sek1 tauschen Esther Erne (bisher Präsidentin) und Jannine Lecko (bisher Vizepräsidentin) ihre Ämter: Ab August ist Jannine Lecko Präsidentin der Fraktion Sek1. In der Fraktion Kindergarten übernimmt Evelyne Schmid bis August das Präsidium ganz, da Co-Präsidentin Martina Bless Janser im Mutterschaftsurlaub ist. Ab August übernimmt Ursina Ritz neu die Co-Leitung zusammen mit Evelyne Schmid. Die Fraktion Heilpädagogik hat mit Katharina Bessire und Cécile Frieden seit 1. Januar ein neues Co-Präsidium. Cécile Frieden ist seit Anfang Jahr auch im alv-Verbandsrat vertreten. Irene Schertenleib



Das Case Management Berufsbildung unterstützt Jugendliche auf ihrem Weg in die Berufsbildung.
Foto: Fotolia.